

An

Herrn Bundeskanzler Dr. Christian Stocker
Herrn Vizekanzler Andreas Babler MSc,
Herrn Wirtschaftsminister Mag. Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer,
Herrn Finanzminister Dr. Markus Marterbauer,
Herrn Landwirtschaftsminister Mag. Norbert Totschnig MSc,
Frau Justizministerin Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer,

Wien, 25. Juni 2025

Betreff: EU Mercosur Abkommen

Sehr geehrter Herr Kanzler, sehr geehrter Herr Vizekanzler,
sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, sehr geehrter Herr Finanzminister,
sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister, sehr geehrte Frau Justizministerin,
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

wir, die unterzeichnenden Organisationen, möchten mit Blick auf die aktuelle Debatte zum EU-Mercosur-Handelsabkommen einmal mehr unsere tiefe Besorgnis über dessen gravierende Auswirkungen auf Klima, Umwelt und nachhaltige Entwicklung zum Ausdruck bringen. Das Abkommen steht **im Widerspruch zu zentralen Zielen des Klima- und Umweltschutzes**.

Ökonomische Analysen [1] zeigen klar: das zentrale Argument für das Abkommen – die Ankurbelung der europäischen Wirtschaft durch mehr Exportmöglichkeiten und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen – hat kein Fundament. Das EU-Mercosur-Abkommen **fördert hingegen den Handel mit Pestiziden, Verbrennern und Billigfleisch** und **gefährdet damit die Artenvielfalt, Klima, die Landwirt:innen und die Gesundheit der Menschen**.

Der am 6. Dezember 2024 präsentierte neue Text bringt aus unserer Sicht keine substantiellen Verbesserungen. Es gibt zwar einen Verweis auf das Pariser Klimaabkommen, allerdings ist dieser zahnlos. Die Entscheidung das Abkommen auszusetzen, wenn ein Staat aus dem Pariser Klimaabkommen austritt, muss von beiden Blöcken gemeinsam getroffen werden. Würde beispielsweise Argentinien aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigen, müsste der gesamte Mercosur-Block der Aussetzung des Mercosur-Abkommens zustimmen. Das ist ein extrem unwahrscheinliches Szenario. Das Abkommen wird hingegen die **Klima- und Umweltkrise weiter massiv verschärfen** und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Ausweitung der klimaschädlichen Produktion von Rindfleisch, Soja etc. für den Export zerstört weiter den Amazonas und andere einzigartige Ökosysteme & führt zu mehr Treibhausgasemissionen.
2. Es gibt keine sanktionierbaren Regeln für einen Stopp der Entwaldung, das verschärft die Klimakrise weiter.

3. Verbotene Pestizide vergiften Menschen und Umwelt und der Druck der Wiederverwendung in der EU wird steigen.

Wir erlauben uns diese drei Argumente kurz zu erläutern:

1. Ausweitung der klimaschädlichen Produktion von Rindfleisch, Soja etc. für den Export – weitere Zerstörung des Amazonas und anderer einzigartiger Ökosysteme & noch mehr Treibhausgasemissionen

Das Amazonas ist mit Blick auf das Weltklima eine der wichtigen CO₂-Senken. Er steht seit Jahren unter Druck. Das geplante Abkommen fördert den Export landwirtschaftlicher Produkte wie Rindfleisch, Soja und Ethanol aus den Mercosur-Staaten durch niedrigere Zölle und höhere Quoten – mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur.

Um neue Weide- und Anbauflächen zu schaffen, wird weiterhin der Amazonas-Regenwald abgeholzt und die artenreiche Feuchtsavanne Cerrado zerstört werden. Jede weitere Expansion der Rinderzucht und des Sojaanbaus, um die Exportquoten zu erhöhen, zerstört nicht nur einen einzigartigen Lebensraum und die Heimat indigener Völker sondern vernichtet zeitgleich unwiederbringlich die Vielfalt unzähliger Tier- und Pflanzenarten. Schon jetzt stammen Studien zufolge 20 Prozent der Soja- und 17 Prozent der Rindfleischimporte aus Brasilien aus illegaler Abholzung [2]. Die dafür eingesetzten Brandrodungen entfachen oft großflächige Feuer, die wertvolle Ökosysteme in Rauch aufgehen lassen. Das führt zum weiteren Anstieg der Treibhausgasemissionen und heizt damit die Klimakrise weiter an.

2. Keine sanktionierbaren Regeln für Entwaldung – weitere Verschärfung der Klimakrise

Eine Analyse des Veblen Instituts gemeinsam mit Canopée [3] zeigt auf, dass die weitere Zerstörung der Wälder in den Mercosur Staaten mit dem Abkommen nicht gestoppt, sondern im Gegenteil weiter vorangetrieben wird. Das Abkommen enthält nur vage Vorgaben zum Schutz von Wäldern, die außerdem erst nach dem Jahr 2030 gelten sollen und die aber nicht sanktionierbar sind. Damit gibt es weiterhin keine roten Linien, wenn eines der wichtigsten Ökosysteme der Welt zerstört wird. Mit dem nunmehr im Abkommen vorgeschlagenen „Rebalancing Mechanism“ würde zudem die EU-Entwaldungsrichtlinie ausgehebelt.

Der Amazonas als einer der größten CO₂-Speicher der Erde steht schon jetzt kurz vor seinem Kipppunkt. Bereits 20 Prozent des Regenwalds sind zerstört. Schreitet die Abholzung weiter voran, droht der Zusammenbruch des gesamten Ökosystems [3] – mit katastrophalen Folgen für das globale Klima. Denn die Zerstörung von Urwäldern und Savannen für die landwirtschaftliche Nutzung setzt gewaltige Mengen CO₂ frei – mit jedem gerodeten Hektar wird die Klimakrise weiter verschärft. Wir dürfen den Schutz des Klimas und des Amazonas nicht kurzfristigen Exportinteressen oder geopolitischen Erwägungen unterordnen.

3. Verbotene Pestizide vergiften Menschen und Umwelt – Druck der Wiederverwendung in der EU wird steigen

Das geplante Abkommen schafft die Zölle auf besonders gefährliche Pestizide vollständig ab – darunter Substanzen, die in der EU aus gutem Grund verboten sind. Pestizide wie Paraquat, das wegen seiner extremen Toxizität in Europa nicht mehr eingesetzt werden darf, werden dennoch von europäischen Firmen produziert, exportiert und in den industriellen Monokulturen der Mercosur-Staaten genutzt. Dort kommen sie auf riesigen Agrarflächen zum Einsatz – oft ohne ausreichenden Schutz für die Menschen, die täglich damit arbeiten müssen. Viele Feldarbeiter:innen zeigen Symptome akuter Vergiftungen, in umliegenden Dörfern häufen sich Fehlgeburten, Gendefekte und Krebserkrankungen.

Das Abkommen weitet das Geschäft mit giftigen Pestiziden nicht nur aus – es bringt sie auch zurück auf unsere eigenen Teller. Schon heute zeigen Tests, dass importierte Lebensmittel, etwa aus Brasilien, Rückstände verbotener Pestizide enthalten [4]. Während die Importe durch das Abkommen zunehmen, werden Qualitätskontrollen an den EU-Grenzen abgebaut. Innerhalb der EU nimmt der Druck zu, bereits verbotene Pestizide wieder zuzulassen, mit dem Argument, dass die europäischen Landwirt:innen nur so der zunehmenden Importkonkurrenz standhalten können. Damit werden einmal mehr die Sorgen von europäischen Bäuer:innen und Konsument:innen beinhart ignoriert.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, Ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden und dem Abkommen nicht zuzustimmen. Wir fordern Sie auf, Ihre Stimme für den Schutz unseres Klimas, unserer Umwelt und der Menschen zu erheben und das geplante Handelsabkommen weiterhin vehement abzulehnen. Der Beschluss des österreichischen Nationalrats aus 2019 ist eindeutig: die Bundesregierung muss in den EU-Gremien ein klares Veto gegen das Abkommen einlegen. Es liegt in Ihrer Verantwortung, nachhaltige Entscheidungen zu treffen, die den Erhalt unseres Planeten und die Zukunft kommender Generationen sichern.

Hochachtungsvoll,

Anna Leitner, GLOBAL 2000
Sebastian Theissnig-Matei, Greenpeace Österreich
Max Hollweg, Attac Österreich
Emma Reynolds, Fridays for Future
Martin Krenn, Allianz für Klimagerechtigkeit



GREENPEACE

%attac



[1] https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/eu/EU_Mercosur_2021_10.pdf

[2] <https://www.veblen-institute.org/EU-Mercosur-Agreement-A-ticking-time-bomb-for-forests.html>

[3] <https://www.science.org/doi/10.1126/science.aba6646>

[4] <https://www.global2000.at/publikationen/obst-und-gemuese-im-pestizidtest> & <https://greenpeace.at/news/pestizidtest-eu-mercotur/>